

Unionsrepublik - Libelien

Einzelpreis 16 Pfennig

Mit amtlichen Schlusskursen.

Die Zeitungs-Zentrale

Jahrgang 219

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

In Halle
Sonntags einzige nationale Zeitung

Nr. 14 a

Bezugspreis: monatlich 2,00 M., einschließlich Zustellungsgebühr, — Briefmarken nehmen sämtliche Postämter entgegen und unter Zustellung empfangen. — Böden Gewalt mindert den Betrag von Subskriptionen.	Halle-Saale	Anzeigenpreis: Die 6 Spaltenbreite von 10 Zeilen (10 Spalten) 10 Pfennig. Kleinere Anzeigen ab 5 Spalten 15 Pfennig. Familien-Anzeigen 7 Pfennig. Anzeigen für Bücher, Kunst, Musik, Theater, Sport, etc. 10 Pfennig. Anzeigen für Bücher, Kunst, Musik, Theater, Sport, etc. 10 Pfennig. Anzeigen für Bücher, Kunst, Musik, Theater, Sport, etc. 10 Pfennig.
Verlagsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachkonto Leipzig 2012.	Sonntag, 17. Januar 1926	Verlagsstelle Berlin, Bernburger Str. 50. Fernruf Amt Kurfranz 67. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlan u. Druck von G. O. Hietel, Halle-Saale

Die Ministerliste Dr. Luthers

Montag fällt die Entscheidung

Koch wird Innenminister?

Berlin, 16. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

Die Besprechungen des Reichskanzlers Dr. Luther mit den Führern der Mittelparteien waren am 14. Uhr beendet. Die Verhandlungen sind noch nicht endgültig abgeschlossen, sondern werden am Montag nachmittag 6 Uhr fortgesetzt werden. Wie wir über das Ergebnis der Besprechungen aus parlamentarischen Kreisen hören, sollen die Beschlüsse der Deutschen Volkspartei gegen die Weitergabe des Innenministeriums durch eine demotristische Berufungsfestsetzung liegen. Wie wir weiter erfahren, wird auch voraussichtlich der Reichswehrminister Dr. Gessler dem neuen Kabinett angehören.

In der achten Abendstunde wurde heute im Reichstag folgende Ministerliste als vorläufige einstimmig angenommen:

- Reichskanzler Dr. Luther,
- Außenminister Dr. Stresemann (D. Vpt.),
- Innenminister Koch (Dem.),
- Reichsminister Bürger-Min (Str.),
- Arbeitsminister Dr. Brauns (Str.),
- Ernährungsminister Dr. Gessler,
- Verkehrsminister Dr. Rosine (D. Vpt.),
- Justizminister Dr. Marx (Str.),
- Kriegsminister Dr. Gessler.

Die Bayerische Volkspartei hat vorläufig dieser Ministerliste noch nicht zugestimmt. Ihre endgültige Entscheidung wird sie in einer Briefentscheidung am Montag nachmittag treffen. Von ausführender Stelle erfahren wir, die Entscheidungen zwischen dem mit der Regierungsbildung beauftragten Reichskanzler Dr. Luther, den Vertretern der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei, sind heute nachmittag 5 Uhr beendet worden. Der Reichskanzler wird am Sonntag vormittag dem Herrn Reichspräsidenten Bericht erstatten und die Besprechungen mit den einzelnen Berufungsfestsetzungen fortsetzen.

Es darf damit gerechnet werden, daß im Laufe des Montagssitzung förmliche Grundrissen für die endgültige Entscheidung vorliegen.

Von den in der vorläufigen Ministerliste genannten Berufungsfestsetzungen ist Bürger-Min (Dem.) Direktor des Schaafhausener Bankvereins in Köln und der Reichstagsabg. Geyl ist einer der Präsidenten des Reichslandbundes.

Leber den Gang der heutigen Beratungen drückt uns unsere Berliner Schriftleitung:

Reichskanzler Dr. Luther, der heute mittag in Aussicht gestellt hat, gegen Abend den beteiligten Parteien der Mitte eine fertige Ministerliste vorzulegen, weil diese Parteien sich durchaus über die Ministerliste nicht einig kommen, hat von dieser Resolution keine Mitteilung während der heutigen Besprechungen, weil sich im letzten Augenblick die Möglichkeit einer Einigung über den amtierenden Posten des Innenministers, ergab. Die Deutsche Volkspartei hat in der Besprechung dem Demotristen (Koch) auf das Innenministerium nachgegeben. Man darf also damit rechnen, daß Dr. Koch das Reichsinnenministerium erhält. Andererseits scheint nun auch die Frage Gesslers für sein und zwar dahin, daß Gessler das Reichswehrministerium behält, was im Interesse der zünftigen Fortführung der Reichswehrangelegenheiten sicher nur zu begrüßen ist.

Anfangs der gütlichen Besprechung dieser Streitfragen hat Dr. Luther auch darauf verzichtet, andere Namen vor sich auszusprechen, und will nun nach Befragung der ersten Schwärzgerieten versuchen, auch über die anderen Ministerposten eine freie Einigung herbeizuführen. Aus diesem Gedanken heraus ist die Besprechung der Ministerposten am Montag beendet worden. Die Besprechung der anderen Ministerposten wurde in der heutigen Besprechung mit Dr. Luther nicht erwähnt. Auch die Parteien haben im Hinblick auf die Besprechungen des heutigen Nachmittags nur kurze Fraktionsbeiträge abgegeben, um ihre Mitglieder zu informieren. Im Laufe des Abends werden aber dann im Schilde gehalten werden, die den Verhandlungen am Montag abend zugrunde liegen sollen. Man darf damit rechnen, daß das Kabinett Luther am Montag abend ohne nennenswerte weitere Schwierigkeiten zustande kommt.

nalen zur Entschädigung Abschlüssen eingehend worden, der Antrag auf Aufhebung in den Väterbund mag nicht gestellt werden, bevor ein befriedigendes Ergebnis in der Herabsetzung der Belastungsstärke erzielt und bevor die Abführung der Belastungsrisiken für die zweite und dritte Zone und der Abkündigungsfest für das Saargebiet übergeben ist. Dieser Antrag wurde von dem Aufsicht abgelehnt.

Die Finanzlage der Deutschen Reichsbahn

Berlin, 16. Januar.

Der Abschluß des ersten Geschäftsjahres der Deutschen Reichsbahn für das Jahr 1925, das am 1. Oktober 1924 bis zum 31. Dezember 1925, also 15 Monate umfaßt, gestattet einen zusammenfassenden Überblick über die Finanzlage der Reichsbahn und einen Einblick in das Geschäftsjahr 1926. Auf das erste Geschäftsjahr entfallen die Kosten des ersten Reparatursjahres mit 200 Millionen Reichsmark und die der ersten 4 Monate des zweiten Reparatursjahres mit ebenfalls 200 Millionen Reichsmark, jedoch die Reparationsbelastung der Reichsbahn im ersten Geschäftsjahr 400 Millionen, einschließlich des Ausgleichs zur Erhebung des Dienstes der Schuldverpflichtungen mit 512 Millionen Reichsmark. Im Jahre 1926 betragen die einschließlich der Reparationskosten 580 Millionen. Sie betragen fast also im Jahre 1926 (Januar bis Dezember) mit 300 Millionen Reichsmark gegenüber dem Vorjahre. Dazu tritt wieder die Ausgleichsridulo mit rund 90 Millionen, ferner die Vorzugsdividende für die dem Reich zugehörigen Staatsbahnen, die in diesem Jahre nur für ein halbes Jahr gezahlt ist, mit 17,5 Millionen, jedoch die gesamte Reparationsbelastung im Jahre 1926 mit 600 Millionen Reichsmark. Bei der finanziellen Leistungsfähigkeit der Reichsbahn ist zu berücksichtigen, daß die sonstigen Leistungen der Reichsbahn an persönlichen und sachlichen Ausgaben im Jahre 1925 erheblich gestiegen sind. Die Lohnnebenkosten im März und im September sowie die im Dezember der Reichsbahn beschlossene einmalige Lohnaufhöhung an die Beamten und eine Reihe anderer Erhöhungen der persönlichen Ausgaben ergeben nach der Reichsbahnstatistik eines Jahres mehr Gehaltsleistungen von rund 280 Millionen Reichsmark. Die zahlreichsten Ausgaben erzielte die Reichsbahn für den Betrieb des Geschäftsjahres 1924 für Personal und Arbeiter 131, Ende des Geschäftsjahres 1925 1926. Die Pensionslast allein betrug im Kalenderjahr 308 Millionen Reichsmark, d. h. 16,24 Prozent, im Februar 1918 aber nur 114 Millionen, d. h. 8,44 Prozent, der damaligen Ausgaben. Die Hoffnungen auf eine weitere günstige Entwicklung sind zu Zeit gering und die Frage der Deckung für alle Jahre der Reichsbahn wird nicht unerhebliche Schwierigkeiten machen. Diese wären umso schwieriger, wenn sich etwa noch eine weitere Steigerung der persönlichen oder sachlich Ausgaben ergeben sollte.

Sponage in der Danziger Werft

Danzig, 16. Januar.

Die Zeitung der Danziger Werft teilt in einer Mitteilung mit, daß gegen sie seit einigen Monaten ein bestimmtes, ein ansehendes mobilisierter Freispruch geführt werde. Wiederholt seien auf unerklärliche Weise Schriftstücke aus den Büchern der Werft verschwunden, die dann mehrwöchentlich in der sozialdemokratischen „Vollstimm“ veröffentlicht worden seien. Ein Vorkommnis dieser Art wurde veröffentlicht jüngst angetreten, zwei entlassene Betriebsratsmitglieder wieder einzustellen, da sonst verschiedene Schriftstücke der Werft, die von dort entnommen seien, veröffentlicht werden würden. Ein führender Mitglied der sozialdemokratischen Partei habe vor einigen Monaten der Diktation erklärt, bei Danzig habe es gegen die ganze Sache von Material, das gegen die Werft ausgekauft werden sollte. Die Diktation habe es darauf für richtig gehalten, die Folie zu beschaffen, die die zur Aufklärung der Angelegenheit erforderlichen Schritte eingeleitet habe. Hierzu hätten die Danziger Arbeiter den Werftbesitzern mitteilen müssen und weiteren Mitteilungen, man solle die Werft verlassen, man solle die Diktation der Werft von Personen umgeben sei, die als Werkzeug einer Intriguegruppe dienen, die aus irrenden Gründen gegen die Werft arbeiten wollten. Obgleich, wo die Arbeiter oder ihre Betriebsräte liegen mögen, hätte die Werft doch keinen eines derartigen moralischen Verfalls der Werft zuzuschreiben, daß man sich von diesen Seiten mit Einzelmaßnahmen mische.

Die rumänische Kronwäpplung zur Scheidung entschlossen

Berlin, 16. Januar.

Die „Chicago Tribune“ läßt sich aus Warschau melden, daß die Gemächin des früheren rumänischen Kronprinzen nunmehr fest entschlossen ist, die Scheidung ihrer Ehe an beantragen, wozu man wenig optimistisch und optimistisch ist, wenn man eine Scheidung zu vermeiden. Die Witwe des rumänischen Kronprinzen hat sich nach Berlin auf u. a. auch den Zweck setzen wollen, die beiden Ehegatten einen Ausgleich herbeizuführen. Es wurde die Gemächin benannt die Gemächin, monach in Rumänien Anträgen ausgedrückt seien.

Aufgeschobene Weltabrüstungs-Gedanken

Aus Rücksicht auf — Deutschland

Genf, 16. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

Die Vertagung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz vom 15. Februar auf den 15. April hat in den letzten Tagen an Wahrscheinlichkeit gewonnen. Da der Vertreter Italiens und Vorsitzende des Rates, der Senator Scelajco, gegenwärtig zur Eröffnung des internationalen Jubiläums für gelasse Zusammenarbeit in Paris weil, wird in nachfolgenden Völkerbundtreffen vermutet, daß in Paris die Entscheidung über die Vertagung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz innerhalb der nächsten Tage fallen wird. Man weiß aber darauf hin, daß die englische Regierung durch die Straßburger Chamberlains noch keine Gelegenheit gehabt hat, sich mit dem Rat auszusprechen. In Paris ist man gleichfalls für eine Vertagung, da die französische Regierung befürchtet, daß durch eine ungenügende Vorbereitung der Konferenz sich in endlose Diskussionen verlieren werde, ohne positive Arbeit leisten zu können. Andererseits läßt der bevorstehende Eintritt Deutschlands in den Völkerbund es für wünschenswert erscheinen, den Eintritt erst abzuwarten, um Deutschland nicht in die schwierige Lage zu bringen, an den Beratungen der Konferenz teilzunehmen, ohne in den nachfolgenden Kommissionen vertreten zu sein.

Die von der Russischen Despatch-Agentur verbreitete Meldung über die Vereinfachung der Komplexierung, an den Beratungen der vorbereitenden Kommission teilzunehmen, hat in Völkerbundkreisen eine gewisse Befriedigung ausgelöst. Doch meint man darauf hin, daß Generalsekretäre offizielle Beauftragung dieser Aufgabe bisher eingetroffen ist. Von einer Vertagung der Konferenz nach Rom oder Paris will man dagegen nichts wissen, da die vorbereitende Konferenz, der zahlreiche weitere Besprechungen folgen werden, nicht losgelöst vom Sitz des Völkerbundes abgehalten werden kann. Man glaubt in Genf, daß die Konferenz am 15. April hier stattfinden wird.

Amerikanische Opposition gegen eine Teilnahme

Newport, 16. Januar.

Die Genf-Botschaft berichtet mehrere Verhandlungspunkte der Genfer Abrüstungskommission, die beweisen, daß die Konferenz sehr schwierig sein werde. America habe sich aber darauf festgesetzt, sich jeder Einmischung in die europäische Politik zu enthalten. Die Genfer Konferenz wäre beispielsweise die Frage des Sicherheitspaktes, der Kriegsmarine, der Bevölkerungsfragen und der industriellen Organisation an. Außerdem verweist

die Genf-Botschaft auf die italienische, französische und japanische Opposition gegen Coolidge's Plan der Einberufung einer neuen Abrüstungskonferenz. Die Opposition gegen den Völkerbund dauert unvermindert an. Auch die Regierungskreise in Washington werden sich, wenn auch verhalten, gegen Genf. Sie wenden hierzu durch die Genfer Konferenz ein, daß die Genf-Botschaft dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt habe, daß es derzeit sei, dem Völkerbund alle Verträge des letzten Jahres vorzulegen. Das belege gar nichts; wenn alle Verträge seien sofort nach der Ratifizierung veröffentlicht worden. Außerdem heißt sich unter den Verträgen auch solche mit nicht dem Völkerbund angehörenden Staaten befinden.

Coolidge für einen „Shenandoah“-Erkhabau

Newport, 16. Januar.

Präsident Coolidge tritt entschieden dafür ein, daß für die verunglückte Shenandoah ein Ersatzschiff gebaut wird, da das Unglück kein Grund zur Aufgabe der Doppelreihe sei. Er hält es aber für gut, erst einmal weitere ausländische Verträge und Aufträge zu erhalten. (1) Die Opposition gegen den Verkauf der „Los Angeles“ und die Frage des Aufschiffes Vaceburi wächst lauernd. Eine im Kongreß eingeschlagene Vorlage verlangte 300 000 Dollar für den Bau eines Ersatzschiffes mit einer neuerartigen Metallhülle, jedoch wird diese Vorlage von Republikanern verworfen. Sie behaupten, daß die „Los Angeles“ der ideale Aufschiffstyp sei.

Die amerikanische Stahlindustrie gegen den deutschen Stahltruff

Newport, 16. Januar.

„Journal Commerce“ schreibt: Die amerikanische Stahlindustrie begrüßt durchaus nicht die Gründung des neuen deutschen Stahltruffs. Sie befürchtet eine schärfere Konkurrenz in China und Südamerika, die bei niedrigen Preisen die natürliche Folge werden niedrigerer Stahlpreise sein.

Ein Antrag gegen den sofortigen Eintritt in den Völkerbund

Berlin, 16. Januar.

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, war im Auswärtigen Ausschuss ein Antrag der Deutschen

